

Beschluss des Landrats vom 30.05.2024

Nr. 586

21. Zertifizierung von Alters- und Pflegeheimen in «Qualität in Palliative Care» 2024/137; Protokoll: mko, bw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme.

Selbstverständlich, so **Saskia Schenker** (FDP), sei Palliative Care eine ganz wichtige Aufgabe und werde auch als Grundsatz in den Leistungsaufträgen festgehalten. Die FDP-Fraktion macht sich jedoch grosse Sorgen, wenn den Altersheimen zunehmend Verpflichtungen und Zertifizierungen aufgedrückt werden. Diese sind heute schon sehr unter Druck und setzen alles daran, gute Arbeit zu machen und gute Qualität zu liefern. Eben erst wurden die Altersregionen eingeführt. Die Votantin selber ist Stiftungsrätin im Alters- und Pflegeheim Mülimatt in Sissach. Die Altersregionen werden sicher einen Mehrwert bringen, bedeuten aber auch einen Mehraufwand und viele Zusatzaufgaben sowohl für die APH-Leitungen als auch für deren Angestellte, bis man sich in den Regionen findet und gemeinsame Grundsätze bestehen. Im Oberbaselbiet wurde ein gemeinsamer Fachkräftepool eingerichtet, denn auch die Alters- und Pflegeheime haben derzeit sehr mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen. Man muss deshalb aufpassen, dass man nicht gut gemeint zusätzlichen Aufwand generiert, was den Bewohnerinnen und Bewohnern schliesslich gar nicht zugutekommt. Deshalb würde die FDP-Fraktion von einer Zertifikatspflicht und zu erfüllenden Strategien abraten, sondern erstens darauf vertrauen, dass die Leistungsaufträge umgesetzt werden, und zweitens, dass alle darauf hinarbeiten, dass die Qualität auch entsprechend vorhanden ist und umgesetzt wird – dies aber in dem den Alters- und Pflegeheimen eigenen Rhythmus. Die FDP-Fraktion ist aus den genannten Gründen gegen eine Überweisung, was nicht heisst, dass sie das Anliegen inhaltlich nicht unterstützt.

Simone Abt (SP) bedankt sich beim Regierungsrat für seine Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen, wohl wissend, dass ein Postulat ergebnisoffen ist; es geht um Prüfen und Berichten, um eine Auslegeordnung. Saskia Schenker sei für ihr Votum gedankt. Die Postulantin schätzt sehr, zu hören, dass die FDP hinter ihrem Anliegen steht. Es geht in ihrem Postulat darum, dass Palliative Care mit der sich in Zukunft verdoppelnden Anzahl betroffener Personen in Alters- und Pflegeheimen sichergestellt werden muss. Sie ist ein Grundpfeiler der Pflege und Betreuung im Alter. Die allermeisten Patientinnen und Patienten haben Gebrechen, die man palliativ behandeln muss. Denn es geht nicht nur um Menschen im äussersten Moment ihres Lebensendes, sondern um mehrere Jahre, in denen Palliative Care extrem entscheidend ist. Simone Abt geht es in ihrem Vorstoss darum, sicherzustellen, dass in allen – wirklich allen – Alters- und Pflegeheimen in unserem Kanton Palliative Care sichergestellt ist. Sie persönlich weiss nicht, wie der Stand ist. Sie weiss, dass es in den Alters- und Pflegeheimen hervorragende Fachkräfte gibt. Sie weiss auch, dass es in sehr vielen von ihnen sehr gut um die Palliative Care bestellt ist. Das Postulat wünscht eine Übersicht und fragt, ob es Handlungsbedarf gibt, ob Verbesserungen nötig sind, wie diese aussehen können. Eine Zertifizierung wäre eine Möglichkeit, ist aber nicht zwingend. Offenbar ist diese mit sehr viel Aufwand verbunden, nicht etwa, um sie zu erreichen, sondern um sie zu behalten.

Die Postulantin ist dankbar, wenn der Regierungsrat eine Auslegeordnung sowie Vorschläge unterbreiten kann, wie sich das Angebot ohne (oder mit) Zertifizierung sichern lässt.

Stefan Meyer (SVP) sagt, dass es seiner Fraktion ähnlich gehe wie der FDP-Fraktion. Sie kann das Postulat leider nicht unterstützen. Dafür sind zwei Hauptgründe massgebend. Zum ersten zweifelt sie, wie von Saskia Schenker bereits angetönt, an der Wirksamkeit der Massnahmen, weil die Labels erst dann wirken, wenn sie auf Basis einer Freiwilligkeit entstehen und von Unternehmen gelebt werden, weil man sich einen Vorteil davon erhofft. Wie aber eine kantonale Pflicht für eine Zertifizierung der Pflegeheime eine Verbesserung bei Palliative Care bringen soll, ist für die SVP-Fraktion nicht ganz nachvollziehbar. Das primäre Problem der Palliative Care ist doch auch die Unterfinanzierung im heutigen System. Eine Zertifizierungspflicht für Heime ist aber in erster Linie ein Zusatzaufwand, der weder vergütet würde noch in Anbetracht des Fachkräftemangels überhaupt stemmbar sein dürfte.

Zweitens gibt es einen ordnungspolitischen Grund: Simone Abt sagte richtig, dass die Leistungsvereinbarungen zwischen den Versorgungsregionen einerseits und den Heimen andererseits getroffen werden. Als Einkäufer von Leistungen ist es absolut legitim, dass gewisse Vorgaben bezüglich Qualität, Leistungsumfang und Kosten getroffen werden. Der Kanton als Bewilligungsinstanz ist aber der falsche Adressat. Aus diesen Gründen sei der Landrat gebeten, das Postulat nicht zu überweisen.

Werner Hotz (EVP) sagt, dass die Grüne/EVP-Fraktion die von SVP und FDP geäusserten Bedenken abgewogen habe, dann aber zum Schluss gekommen sei, dass das Thema als solches prüfenswert sei. Palliative Care soll in Baselland guter Qualität erbracht werden. Die Fraktion ist überzeugt, dass der Regierungsrat dies mit Augenmass anschauen und prüfen wird. Kommt er zum Schluss, es brauche ein Zertifikat, oder es brauche keines, wird er darüber berichten.

Patricia Doka-Bräutigam (Die Mitte) sagt, dass auch in der Mitte-Fraktion intensiv über das Postulat diskutiert worden sei. Sie ist der Meinung, dass Palliative Care auch in Baselland in der Langzeitpflege einen zentralen Stellenwert einnehmen muss und in den Alters- und Pflegeheimen Standard werden müsste. Dafür braucht es sicher auch geschultes Personal. Ihre Fraktion denkt, dass eine Zertifizierung helfen könnte, dies zu fördern. Gleichzeitig gibt es dieselben Bedenken und Vorbehalte, die hier bereits geäussert wurden. Gerade im Gesundheitswesen müssen die negativen Folgen von verpflichtenden Zertifizierungen bedacht werden. Sie dürfen weder zu einem administrativen Aufwand noch zu einer Verteuerung führen. Trotzdem unterstützt die Mitte-Fraktion die Überweisung des Postulats. Eine Auslegeordnung zu diesem Thema würde sicher helfen, was in der Kommission sorgfältig geprüft werden müsste.

Tim Hagmann (GLP) hält sich kurz, da bereits alles Wichtige gesagt worden sei. Die GLP-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats im Sinne von Prüfen und Berichten, anerkennt aber auch alle genannten Einwände. Allerdings sollte diese Diskussion zu einem späteren Zeitpunkt in der Kommission geführt werden.

Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) weist darauf hin, dass es gemäss Alters- und Pflegegesetz bereits jetzt ein entsprechendes Audit-Instrument – Qualivista stationär – gebe. Innerhalb dieses Instruments gibt es auch einen Punkt zu Palliative Care, der regelmässig im Rahmen der Audits überprüft wird.

Im Gegensatz zu vielen anderen Vorstössen, aus denen das gewünschte Ziel sehr klar hervorgeht, ist der vorliegende Vorstoss sehr offen formuliert. So steht unter anderem, «ob» Alters- und Pflegeheime in Zukunft einen erweiterten Qualitätsstandard erfüllen sollen müssen.

Allen bisherigen Rednerinnen und Rednern sei versichert, dass auch der Gesundheitsdirektor der Ansicht ist, dass zukünftige Tätigkeiten im Gesundheitswesen vor allem dazu dienen sollen, die Administration zu verringern. Aus diesem Grund hat die VGD ein entsprechendes interkantonales Projekt mitlanciert. Dabei geht es um die Frage, wie die administrativen Aufwendungen in der

Pflege aber auch in anderen medizinischen Berufsgattungen (Langzeit- und Akutmedizin) reduziert werden können. Weiter ist auch dem Regierungsrat bewusst, dass eine Aufgabenzuordnung im Bereich des Gesundheitswesens besteht und Langzeitmedizin ein Thema der Gemeinden und Versorgungsregionen ist. Insofern würde eine Prüfung nur unter Einbezug der Versorgungsregionen und der Gemeinden stattfinden und die Beantwortung müsste auch den Anliegen der Leistungserbringenden genügen. Drittens ist Regierungsrat Thomi Jourdan ein grosser Verfechter des Föderalismus, weshalb er keine Zentralisierung anstrebt. Sollte dieser Vorstoss überwiesen werden, würde Bericht darüber erstattet, was bereits vorhanden ist und was aus Sicht der Leistungserbringer allenfalls notwendig ist. Ganz sicher ginge es aber nicht darum, sich als Kanton Aufgaben zuzuschreiben, die bei den Versorgungsregionen sehr gut angesiedelt sind.

Markus Graf (SVP) stellt fest, dass sich die Begeisterung des Regierungsrats über diesen Vorstoss in gleich grossen Grenzen halte, wie es bei ihm auch der Fall sei. An alle, die bei der Umsetzung des APG in den Gemeinden involviert sind: Wehret den Anfängen! Palliative Care war bereits öfter ein Thema im Landrat. Die verschiedenen Tätigkeiten in diesem Bereich werden stets gelobt und sind auch sehr wichtig, man denke nur an die Landeskirchen, welche ihre Aufgaben praktisch kostenlos ausüben. Wird dort ebenfalls ein Fass geöffnet und zu zertifizieren versucht? Die Alters- und Pflegeheime haben mit der Umsetzung des APG bereits jetzt viele Probleme. Hinzu kommt die Systemumstellung bei der Ermittlung des Pflegebedarfs. Das bindet Ressourcen und verursacht Kosten. Ihnen nun nochmals etwas aufzuhalsen und Ängste zu verursachen ist nicht zielführend. Die Arbeiten mit dem APG sollen erst einmal anlaufen. In ein paar Jahren kann man nochmals darüber reden.

Andrea Heger (EVP) deklariert ihre Interessenbindung: Als Gemeinderätin ist sie Delegierte in der Versorgungsregion. Dadurch hat sie gewisse Einblicke. Das Gesetz gibt vor, dass Palliative Care angeboten werden muss, was auch Andrea Heger sehr wichtig ist. In den Leistungsvereinbarungen der Versorgungsregion mit den Altersheimen wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, dass dies gewünscht ist. Gleichwohl bemerkt Andrea Heger bei Delegierten und Heimvertreterinnen Sorgen bezüglich dem möglichen Aufwand, die Labels und Zertifizierungen verursachen würden. Damit geht sehr viel schriftliche Arbeit und Bürokratie einher und dies in Zeiten von Fachkräftemangel. Zudem gibt es einige Personen, die dem Pflegeberuf den Rücken kehren, weil die direkte Arbeit mit den Patienten im Vergleich zum administrativen Teil zu kurz kommt. Deshalb muss man hier genau hinschauen, auch wenn unbestritten eine gewisse Qualität erreicht werden soll. Insofern wird das Votum der Postulantin, sehr offen zu sein und vor allem Wissensgewinn zu beabsichtigen, wohlwollend zur Kenntnis genommen. Würde bereits jetzt ein bestimmtes Label gefordert, könnte der Vorstoss nicht unterstützt werden. Die Grüne/EVP-Fraktion diskutierte das Begehren und eigentlich war Andrea Heger eher der Ansicht, es brauche solche Labels nicht und – um es mit den Worten von Markus Graf zu sagen – bereits den Anfängen zu wehren und entsprechend eine Überweisung abzulehnen sei. Wenn aber sowohl Postulantin wie auch Regierungsrat das Anliegen sehr breit interpretieren und auch die Versorgungsregionen und die Pflegenden miteinbezogen werden, kann Andrea Heger einer Prüfung durchaus zustimmen. Markus Graf hat richtigerweise auf gewisse Umstellungen hingewiesen. Diese Umwälzungen lösen zusätzlichen Aufwand aus. Man muss aufpassen, das Fuder nicht zu überladen.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) reagiert auf das Votum von Markus Graf. Es gilt zwischen der medizinischen und der emotionalen Begleitung im Bereich Palliative Care zu unterscheiden. Tatsächlich spielen die Landeskirchen bei der emotionalen Begleitung eine ganz wichtige Rolle. Zu betonen ist, dass es für die Angehörigen wichtig zu wissen ist, dass Alters- und Pflegeheime nach neuesten Standards der medizinischen Pflege die Menschen im letzten Lebensabschnitt begleiten. Das entlastet extrem, weil man sich auf eine solche Situation oft erst sehr spät vorbereitet. Dann

ist man froh, sich in guten Händen zu wissen – sowohl als Angehörige wie auch als betroffene Person. Eine gute Schulung und Begleitung kann sicherlich auch für die Pflegenden entlastend sein. Aus diesem Grund wird um Unterstützung für die Überweisung des Postulats gebeten, im Wissen, dass ein Label nicht um jeden Preis das Ziel sein muss.

://: Mit 47:35 Stimmen wird das Postulat überwiesen.
